

Konfessionelle Irritationen in der frühen Bundesrepublik

Von Ulrich von Hehl

Seit der Vereinigung Deutschlands im Jahre 1990 liegt die Geschichte der Demokratiegründung im westdeutschen Kernstaat als ein abgeschlossenes Ganzes vor uns. Sie gilt im historischen Rückblick, zumindest bei denen, deren Urteil durch Realitätssinn und Nüchternheit geprägt ist, als ein außerordentlich geglücktes Unterfangen: Zum ersten Mal in ihrer (neueren) Geschichte hat sich eine breite Mehrheit der Deutschen auf den Boden der parlamentarischen Demokratie westlicher Prägung gestellt, und der wirtschaftliche Aufstieg aus der Zusammenbruchssituation von 1945 war beispiellos.¹

Daß an diesem Erfolg auch die westdeutschen Katholiken einen wesentlichen Anteil hatten, erklärt sich zunächst aus dem statistischen Befund.² Denn als Folge der Beschlüsse von Jalta und Potsdam wie als Folge des Kalten Krieges waren die vornehmlich evangelischen Gebiete Ost- und Mitteldeutschlands verloren gegangen bzw. durch den Eisernen Vorhang abgetrennt worden, während die traditionell katholischen Siedlungsgebiete ohnehin im Süden und Westen lagen und durch Flucht und Vertreibung weitere Katholiken in die Westzonen strömten. Hatten die Katholiken im Deutschen Reich von 1871-1945 nur eine Bevölkerungsminorität von einem Drittel gebildet, so war 1950 in der Bundesrepublik ein annähernder konfessioneller Gleichstand von 44,3 Prozent (römisch-katholisch) zu 51,5 Prozent (evangelisch) erreicht, der sich in den folgenden Jahren weiter zugunsten der Katholiken verschob³ und ihnen erstmals seit der Reformation und den religionspolitischen Auseinandersetzungen des 16. und 17. Jahrhunderts wieder eine »strukturelle Mehrheitsfähigkeit« bescherte.⁴ Nicht nur Martin

1 Vgl. hierzu auch die Schlaglichter bei Hans MAIER, *Die Deutschen und die Freiheit. Perspektiven der Nachkriegszeit*, Stuttgart 1985.

2 Zum Folgenden vgl. Karl FORSTER, *Der deutsche Katholizismus in der Bundesrepublik Deutschland*, in: Anton RAUSCHER (Hrsg.), *Der soziale und politische Katholizismus. Entwicklungslinien in Deutschland 1803-1963*, Bd. 1, München-Wien 1981, S. 209-264; als Überblicksdarstellung Heinz HÜRTEN, *Kurze Geschichte des deutschen Katholizismus 1800-1960*, Mainz 1986.

3 STATISTISCHES BUNDESAMT (Hrsg.), *Bevölkerung und Wirtschaft 1872-1972*, Stuttgart u. a. 1972, S. 97; Joseph Kardinal HÖFFNER, *Pastoral der Kirchenfremden*, Bonn 1979, S. 8-11. Zu den Daten nach der Wiedervereinigung vgl. *Katholische Kirche in Deutschland. Statistische Daten 1995*, Bonn [1996].

4 Vgl. auch Karl SCHMITT, *Konfessioneller Konflikt und politisches Verhalten in Deutsch-*

Niemöller, Hitlers »most famous prisoner« und nunmehrigem Kirchenpräsidenten von Hessen-Nassau,⁵ konnte sich somit der Eindruck aufdrängen, daß die Protestanten die eigentlichen Verlierer des Krieges seien.⁶

Dem gewachsenen Bevölkerungsanteil entsprach ein starkes politisches Engagement der Katholiken. Ohne wie der Protestantismus durch lähmende Auseinandersetzungen um die »Schuldfrage« oder widerstreitende theologische Richtungen behindert zu sein, denen nicht selten auch unterschiedliche politische Optionen entsprachen,⁷ waren sowohl bei der Gründung der interkonfessionellen Unionsparteien wie bei der Vertretung kirchlicher Forderungen im Zuge der Verfassungsberatungen meist Katholiken der initiative Teil.⁸ Mit Konrad Adenauer übernahm 1949 ein dezidiert katholischer, frei-

land: vom Kaiserreich zur Bundesrepublik, in: Heinrich BEST (Hrsg.), *Politik und Milieu. Wahl- und Elitenforschung im historischen und interkulturellen Vergleich*, St. Katharinen 1989, S. 155-174, hier 165.

5 Matthias SCHREIBER, *Martin Niemöller*, Reinbek 1997, S. 96. Vgl. auch James BENTLEY, *Martin Niemöller. Eine Biographie*, München 1985, passim.

6 Interview mit dem »Wiesbadener Kurier« vom 16. Dezember 1949, das seinerseits eine berichtigende Kommentierung eines am 14. Dezember 1949 in der »New York Herald Tribune« verkürzt wiedergegebenen Interviews darstellt. Ausführliche Dokumentation im *Kirchlichen Jahrbuch* 76 (1949), S. 239-260.

7 Vgl. Gerhard BESIER/Gerhard SAUTER, *Wie Christen ihre Schuld bekennen. Die Stuttgarter Erklärung 1945*, Göttingen 1985; Martin GRESCHAT, *Zwischen Aufbruch und Beharrung. Die evangelische Kirche nach dem Zweiten Weltkrieg*, in: Victor CONZEMIUS u. a. (Hrsg.), *Die Zeit nach 1945 als Thema kirchlicher Zeitgeschichte*, Göttingen 1988, S. 99-126; Dorothee BUCHHAAS-BIRKHOLZ (Bearb.), »Zum politischen Weg unseres Volkes«. *Politische Leitbilder und Vorstellungen im deutschen Protestantismus 1945-1952. Eine Dokumentation*, Düsseldorf 1989; Arselm DOERING-MANTEUFFEL, *Die »Frommen« und die »Linken« vor der Wiederherstellung des bürgerlichen Staats. Integrationsprobleme und Interkonfessionalismus in der frühen CDU*, in: Jochen-Christoph KAISER/DERS. (Hrsg.), *Christentum und politische Verantwortung. Kirchen im Nachkriegsdeutschland*, Stuttgart u. a. 1990, S. 88-108. Unter konfessionsübergreifendem Aspekt vgl. auch Maria MITCHELL, *Materialism and Secularism: CDU Politicians and National Socialism 1945-1949*, in: *The Journal of Modern History* 67 (1995), S. 278-308; Michael J. INACKER, *Zwischen Transzendenz, Totalitarismus und Demokratie. Die Entwicklung des kirchlichen Demokratieverständnisses von der Weimarer Republik bis zu den Anfängen der Bundesrepublik (1918-1959)*, Neukirchen-Vluyn 1994.

8 Aus der Fülle des einschlägigen Schrifttums vgl. vor allem Rudolf MORSEY, *Katholizismus und Unionsparteien in der Ära Adenauer*; DERS., *Adenauer und Kardinal Frings 1945-1949*; DERS., *Der deutsche Katholizismus in den Jahren der Besatzungsherrschaft 1945-1949*. Wiederabdruck in: DERS., *Von Windthorst bis Adenauer. Ausgewählte Aufsätze*, Paderborn u. a. 1997, S. 262-285, 686-702, 243-261; Heinz HÜRTEN, *Der Beitrag christlicher Demokraten zum geistigen und politischen Wiederaufbau und zur europäischen Integration nach 1945: Bundesrepublik Deutschland*; DERS., *Die Bundesrepublik Deutschland und ihre Katholiken*, Wiederabdruck in: DERS., *Katholiken, Kirche und Staat als Problem der Historie. Ausgewählte Aufsätze 1963-1992*, Paderborn u. a. 1994, S. 257-267, 268-281. Ferner Helmuth PÜTZ (Bearb.), *Konrad Adenauer und die CDU der britischen Besatzungszone 1946-1949. Dokumente zur Gründungsgeschichte der CDU Deutschlands*, Bonn 1975; Alf MINTZEL, *Die CSU. Anatomie einer konservativen Partei 1945-1972*, Opladen 1978; Winfried BECKER, *CDU und CSU 1945-1950. Vorläufer, Gründung und regionale Entwicklung bis zum Entstehen der CDU-Bundespartei*, Mainz 1987; Horstwalter HEITZER, *Die CDU in der britischen Zone 1945-1949. Gründung, Organisation, Programm und*

lich auch entschieden ökumenisch gesinnter und gänzlich »unklerikaler« Politiker die Kanzlerschaft.⁹ Dem ersten Bundeskabinett gehörten neben neun Katholiken nur fünf Protestanten an. Erst im 1953 gebildeten 2. Kabinett Adenauer gab es ein annäherndes konfessionelles Gleichgewicht, während die CDU/CSU-Bundestagsfraktion sogar durchgängig einen deutlich höheren Anteil an evangelischen Abgeordneten aufwies, als es den evangelischen Wählerstimmen bzw. Unionsmitgliedern entsprach.¹⁰ Denn ungeachtet aller Bemühungen blieb die CDU/CSU trotz allmählicher Abschleifungen bis weit in die 80er Jahre »eine dominant katholische Partei«¹¹; sie konnte 1949 nur ein Viertel, 1953 immerhin ein starkes Drittel der evangelischen Wählerstimmen auf sich ziehen gegenüber 62 Prozent bei den Katholiken.¹²

Jedenfalls duldet es keinen Zweifel, daß die Grundzüge der Adenauer'schen Deutschland- und Außenpolitik, seit dem Schock des Koreakrieges auch die äußerst umstrittene Wiederbewaffnung des westdeutschen Teilstaates, namentlich aber die eindeutige Anbindung an den Westen längstens seit 1953 von der weit überwiegenden Mehrheit der deutschen Katholiken unterstützt wurden, während sie im evangelischen Bevölkerungsteil nur geteilte Zustimmung fanden.¹³ Gerhard Schmidthen hat daher die Katholiken

Politik, Düsseldorf 1988; Hans-Otto KLEINMANN, *Geschichte der CDU 1945-1982*, Stuttgart 1993. – Schließlich Werner SÖRGEL, *Konsensus und Interessen. Eine Studie zur Entstehung des Grundgesetzes für die Bundesrepublik Deutschland*, Stuttgart 1969; Frederic SPOTTS, *Kirchen und Politik in Deutschland*, Stuttgart 1976; Klaus GOTTO, *Die katholische Kirche und die Entstehung des Grundgesetzes*, in: Anton RAUSCHER (Hrsg.), *Kirche und Katholizismus 1945-1949*, Paderborn 1977, S. 88-108. Burkhard van SCHEWICK, *Die katholische Kirche und die Entstehung der Verfassungen in Westdeutschland 1945-1950*, Mainz 1980; Thomas M. GAULY, *Katholiken. Machtanspruch und Machtverlust*, Bonn 1991. – Vgl. auch M. J. INACKER (wie Anm. 7), S. 248, 254-259, 302.

9 Hierzu maßgeblich Hans-Peter SCHWARZ, *Adenauer. Der Aufstieg: 1876-1952*; DERS., *Adenauer. Der Staatsmann: 1952-1967*, Stuttgart 1986 u. 1991.

10 R. MORSEY, *Katholizismus und Unionsparteien* (wie Anm. 8), S. 270. Vgl. auch die zeitlich nicht näher präzisierete Angabe von »etwa 19 %« evangelischer CDU-Mitglieder bei Gerhard BESIER, »Christliche Parteipolitik« und Konfession. *Zur Entstehung des Evangelischen Arbeitskreises der CDU/CSU*, in: *Kirchliche Zeitgeschichte* 3(1990), S. 166-187, hier 167.

11 Karl SCHMITT, *Konfession und Wahlverhalten in der Bundesrepublik Deutschland*, Berlin 1989, S. 213.

12 Angaben nach Hans-Peter SCHWARZ, *Die Ära Adenauer. Gründerjahre der Republik 1949-1957*, Stuttgart-Wiesbaden 1981, S. 122; K. SCHMITT, *Konfession und Wahlverhalten* (wie Anm. 11), S. 214. Vgl. auch Klaus GOTTO, *Die deutschen Katholiken und die Wahlen in der Adenauer-Ära*, in: Albrecht LANGNER (Hrsg.), *Katholizismus im politischen System der Bundesrepublik 1949-1963*, Paderborn u. a. 1978, S. 7-32.

13 Vgl. F. SPOTTS (wie Anm. 8), S. 205-231; Johanna VOGEL, *Kirche und Wiederbewaffnung. Die Haltung der evangelischen Kirche in Deutschland in den Auseinandersetzungen um die Wiederbewaffnung der Bundesrepublik 1949-1956*, Göttingen 1978; Heinz HÜRTE, *Zur Haltung des deutschen Katholizismus gegenüber der Sicherheits- und Bündnispolitik der Bundesrepublik Deutschland 1948-1960*, in: A. LANGNER (Hrsg.), *Katholizismus im politischen System* (wie Anm. 12), S. 83-102; Anselm DOERING-MANTEUFFEL, *Katholizismus und Wiederbewaffnung. Die Haltung der deutschen Katholiken gegenüber der Wehrfrage 1948-1955*, Mainz 1981; DERS.,

auch als »die eigentlichen Entdecker der Bundesrepublik« bezeichnet, und Heinz Hürten spricht kaum weniger prononciert von der »Bundesrepublik und ihren [Hervorhebung d. V.] Katholiken«¹⁴.

War somit die alte Bundesrepublik »ein katholischer Staat«, »im Vatikan gezeugt und in Washington geboren«, wie Martin Niemöller 1949 verbreiteten Unmut in vielbeachteten Interviews artikuliert hatte, um daran die Bemerkung zu knüpfen, daß eine »Fortdauer des westdeutschen Staates ... den Tod des kontinentalen Protestantismus« bedeuten würde?¹⁵ Trafen die massiven Klerikalisierungsvorwürfe zu, wie sie in den Anfangsjahren der Bundesrepublik immer wieder geäußert wurden und in Kurt Schumachers Diktum von der katholischen Kirche als »fünfte[r] Besatzungsmacht« ihren wohl bekanntesten Ausdruck fanden?¹⁶ Immerhin fällt auf, daß sich die Kritiker nahezu ausschließlich im protestantischen Umfeld finden, sei es im bruderrätlichen linken Flügel der EKD, sei es in SPD, FDP, DP, BHE und GVP, die, ohne Parteien »des« Protestantismus zu sein, doch mehrheitlich von protestantischen Wählern gewählt wurden.¹⁷ Mithin ließe sich die These aufstellen, daß die Erfolgsgeschichte der frühen Bundesrepublik einer massiven Wiederbelebung, Politisierung und Instrumentalisierung des alten konfessionellen Gegensatzes abgerungen werden mußte und im wesentlichen eine Erfolgsgeschichte des katholischen Volksteils war.

Diese These ist im folgenden zu prüfen, wobei ich erstens an die Ausgangslage, nämlich den konfessionellen Gegensatz in Deutschland erinnere, sodann zweitens konfessionelle Disharmonien in der Frühgeschichte der Unionsparteien skizziere und mich in einem dritten Schritt der Artikulation konfessionalistischer Positionen und deren auslösenden Faktoren zuwende. Viertens sind dann die Reaktionen der Unionsführung und der Kirchen(leitungen) zu betrachten, ehe ich fünftens nach den tatsächlichen Auswirkungen des Konfessionsstreits frage.

Die Kirchen und die EVG. Zu den Rückwirkungen der Wehrdebatte im westdeutschen Protestantismus und Katholizismus auf die politische Zusammenarbeit der Konfessionen, in: *Die Europäische Verteidigungsgemeinschaft. Stand und Probleme der Forschung*, Boppard 1985, S. 317-335.

14 Gerhard SCHMIDTCHEN, *Protestanten und Katholiken. Soziologische Analyse konfessioneller Kultur*, Bern-München 1973, S. 245; H. HÜRTE, *Bundesrepublik* (wie Anm. 8).

15 Wie Anm. 6, hier *Kirchliches Jahrbuch* 76 (1949), S. 241 (mit leicht variiertem Wiedergabe des »Zeugungs«-Diktums). Die zitierte Fassung nach *Wiesbadener Kurier* vom 16. Dezember 1949, S. 2, Artikel »Betrachtung des Zusammenbruchs von konfessioneller Seite her. Niemöller bezeichnet Bund als katholischen Staat«. Ein ausführlicher Kommentar unter dem Titel »Is the Cold War a Holy War?« in: *The Christian Century* v. 11. Januar 1950, S. 39-41, DA Limburg 15 F (1945-1967).

16 Hier zitiert nach R. MORSEY, *Katholizismus und Unionsparteien* (wie Anm. 8), S. 265. Vgl. auch *Rheinischer Merkur* vom 2. Juli 1949, S. 1 f., Artikel »Die fünfte Besatzungsmacht«, in dem Schumachers »Kampfmethod« als »Spottgeburt aus Nationalismus und Klassenkampf« bezeichnet wurde.

17 K. SCHMITT, *Konfessioneller Konflikt* (wie Anm. 4), S. 164.

1. Die »Grundtatsache« Martin Luther

Weit stärker, als es dem heute vorherrschenden säkularisierten Geschichtsbild bewußt ist,¹⁸ haben die Reformation Martin Luthers und der aus ihr erwachsene Gegensatz zwischen den Konfessionen den Gang der neueren deutschen Geschichte bestimmt. Während sich indessen die Konkurrenz von Lutheranern und Reformierten im wesentlichen zu einem theologischen Richtungsstreit verflüchtigte, blieb das Verhältnis von protestantischer Mehrheit und katholischer Minderheit gespannt. Durch die Auswirkungen der Französischen Revolution auf das Alte Reich wurde der komplizierte Gleichgewichtszustand des Westfälischen Friedens beendet, die meisten Katholiken gelangten unter die Herrschaft protestantisch dominierter Staaten, und diese religiöse wie bald auch soziale und vor allem politische Minoritätssituation erfuhr im Kaiserreich von 1871 ihre anscheinend dauerhafte Verfestigung. Stoeckers polemisches Wort vom »Heiligen Evangelischen Reich Deutscher Nation« umschrieb somit Anspruch wie politisch-soziale Wirklichkeit. Der Kulturkampf tat ein Übriges, um die Gräben zwischen den Konfessionen zu vertiefen.¹⁹

In Reaktion auf diese Herausforderung bildete der kirchlich gebundene Katholizismus einen sozialen Milieuverband mit eigener politischer Vertretung in der Zentrumsparterie aus. Er wußte seine Position also durchaus erfolgreich zu verteidigen, trug damit aber ungewollt zur Verfestigung konfessioneller Trennungslinien in der Gesellschaft bei. De facto blieben Katholiken bis 1918 Staatsbürger 2. Klasse, und noch in der Weimarer Republik war ihre Inferiorität unübersehbar, obwohl das Zentrum zu einer der staatstragenden Parteien aufstieg und immerhin neunmal den Reichskanzler stellte. Aber alle Versuche, es in eine interkonfessionelle Christliche Volkspartei umzuwandeln, scheiterten an wechselseitigem Mißtrauen.²⁰

¹⁸ Symptomatisch hierfür dürfte sein, daß das Historische Lexikon zur politisch-sozialen Sprache in Deutschland, *Geschichtliche Grundbegriffe*, 8 Bde., Stuttgart 1972-1997, auf ein eigenes Stichwort »Konfessionen« verzichtet und im Register mit sehr wenigen einschlägigen Eintragungen auskommt.

¹⁹ Aus der Fülle einschlägigen Schrifttums vgl. die Überblicksdarstellungen von H. HÜRTEN, *Kurze Geschichte* (wie Anm. 2); Thomas NIPPERDEY, *Deutsche Geschichte 1800-1866. Bürgerwelt und starker Staat*; DERS., *Deutsche Geschichte 1866-1918*. Bd. I: *Arbeitswelt und Bürgergeist*, Bd. II: *Machtstaat vor der Demokratie*, München ⁴1987, 1990, 1992; Kurt NOWAK, *Geschichte des Christentums in Deutschland. Religion, Politik und Gesellschaft vom Ende der Aufklärung bis zur Mitte des 20. Jahrhunderts*, München 1995.

²⁰ Knappe Überblicke bei Rudolf MORSEY, *Der politische Katholizismus 1890-1933*, in: A. RAUSCHER (Hrsg.), *Der soziale und politische Katholizismus* (wie Anm. 2), S. 110-164; Ulrich von HEHL, *Die Zentrumsparterie. Ihr Weg vom »Reichsfeind« zur parlamentarischen Schlüsselstellung in Kaiserreich und Republik*, in: Hermann W. von der DUNK/Horst LADEMACHER (Hrsg.), *Auf dem Weg zum modernen Parteienstaat*, Melsungen 1986, S. 97-120.

Während es für katholisches Denken selbstverständlich ist, daß politisches Handeln auch eine Beziehung zum Glauben hat, hat das evangelische Deutschland vor 1918 keine Notwendigkeit zu vergleichbarer Vertretung seiner politischen Interessen verspürt.²¹ Das hatte zunächst theologische Gründe, die auf Luthers Zwei-Reiche-Lehre zurückzuführen sind. Es ist jedoch auch ein sehr »praktischer« Umstand zu bedenken: Durch das spezifisch evangelische Bündnis von Thron und Altar war die Bindung an den monarchischen Obrigkeitsstaat im Regelfall eng. Soweit kirchliche Interessen überhaupt Anlaß zu politischer Aktion gaben, erfolgte sie in der Regel über die konservativen Parteien. Das eher unkirchliche Bürgertum sammelte sich meist bei den traditionell kirchenkritischen Liberalen, und die der Kirche weithin entfremdete protestantische Arbeiterschaft fand in der Sozialdemokratie ihre politische Heimat. Politische Positionen hoben sich somit im evangelischen Raum gegenseitig auf. Die wenigen Versuche zu protestantischer Parteibildung (Stoecker, Naumann, Christlich-Sozialer Volksdienst) »sind über kleinste Anfänge nicht hinausgekommen«²². Auch fehlte das Fundament einer einheitlich verfaßten und milieuprägenden Kirche mit zahlreicher, kirchlich wie politisch aktiver Anhängerschaft, wie sie auf katholischer Seite dem Zentrum lange den organisatorischen Unterbau ersetzt hatte. Dies verstärkte andererseits bei kirchlich wie unkirchlich gesinnten Protestanten das Mißtrauen gegenüber dem Katholizismus, dessen enge Verbindung von Kirche und Politik als unzulässige klerikale Einmischung empfunden wurde.²³ Umgekehrt bliebe zu prüfen, ob die geringere Politisierung im Protestantismus nicht auch die Kehrseite eines auffälligen Situationsopportunismus darstellt, sich dem jeweils herrschenden Zeitgeist anzupassen.²⁴

Waren somit die Ausgangsbedingungen für politisches Engagement bei Katholiken wie Protestanten denkbar unterschiedlich, so hatten andererseits der Anschauungsunterricht der zwölfjährigen NS-Herrschaft, die gemeinsam zu tragenden Folgen des Zweiten Weltkriegs wie auch die Sprecherrolle, die beiden Kirchen gegenüber den Besatzungsbehörden zuwuchs, den ökumenischen Gedanken gestärkt und die Überzeugung gefestigt, daß auch

21 Hermann EHLERS, *Politischer Radikalismus und christlicher Glaube*, in: Hermann Ehlers, *Präsident des Deutschen Bundestages. Ausgewählte Reden, Aufsätze und Briefe 1950-1954*, hrsg. von Karl Dietrich ERDMANN, Boppard 1991, S. 121-129, hier 125.

22 DERS., *Grundlagen einer politischen Zusammenarbeit der Konfessionen*, ebd. S. 134-137, hier 135.

23 Vgl. DERS., (Zur Konfessionalisierung der Politik); *Die konfessionelle Zusammenarbeit in der Politik*, ebd. S. 311-319 u. 319-329, hier 318, 325 f.

24 Vgl. Thomas NIPPERDEY, *Max Weber, der Protestantismus und die Deutschen. Drei Kommentare zu einem klassischen Thema*, in: *Von Geschichte umgeben. Joachim Fest zum Sechzigsten*, Berlin 1986, S. 179-199, hier 198.

die Folgerungen »aus den Erfahrungen im Hitlerstaat« nur gemeinsam gezogen werden könnten,²⁵ und zwar unbeschadet der unterschiedlichen Begründung, die auf katholischer Seite im Naturrecht, auf evangelischer dagegen im Bekenntnis fundiert war.²⁶ Aus christlicher Verantwortung künftig gemeinsam politisch zu handeln, dieser Wille war die Voraussetzung für die Gründung der Unionsparteien.

2. Konfessionelle Disharmonien in den Unionsparteien

Wie auch ein interner Lagebericht der Ost-CDU Ende 1952 zu Recht festhielt, stellte die Gründung der Unionsparteien in konfessionsgeschichtlicher wie politischer Hinsicht ein Novum dar. Sie dagegen als ein rein machtpolitisch motiviertes »Bündnis der Katholischen Kirche« mit »restaurativen Kräfte[n] im deutschen Protestantismus« zu interpretieren, darauf gerichtet, »die unbedingte Erhaltung der kapitalistischen Ordnung« zu gewährleisten, sagt mehr über den Wahrnehmungshorizont der Ostberliner Beobachter als über ihren Gegenstand.²⁷ Denn in Wirklichkeit konnte von einem kirchlichen »Bündnis« schon deshalb keine Rede sein, weil lediglich eine gemeinsame »Grunderfahrung des Christlichen«²⁸ zu den entscheidenden Gründungsimpulsen zählte, aber schon angesichts der gravierenden theologischen Unterschiede jedermann klar sein mußte, daß es nicht um deren Einebnung, sondern lediglich um Formen praktischer Zusammenarbeit in der Politik gehen konnte.²⁹

Auch auf diesem Feld waren die Meinungsunterschiede größer, als der Parteiführung lieb sein konnte. Dies zeigte sich bei vielen politischen Fragen, namentlich bei den Verfassungsberatungen, bei Schule und Elternrecht sowie in der Deutschland- und Außenpolitik, die für Protestanten stets unter gesamtdeutschem Vorbehalt stand; es zeigte sich ferner bei den Beratungen über den Paragraphen 67 des Personenstandsgesetzes und mit besonderer Schärfe bei den Auseinandersetzungen über die Wiederbewaffnung.³⁰ Aber

²⁵ Wie Anm. 23, hier S. 319.

²⁶ K. D. ERDMANN, Einleitung (wie Anm. 21), S. 13 f.; vgl. auch Ulrich SCHEUNER, *Die Stellung der evangelischen Kirche und ihr Verhältnis zum Staat in der Bundesrepublik 1949-1963*, in: Anton RAUSCHER (Hrsg.), *Kirche und Staat in der Bundesrepublik 1949-1963*, Paderborn u. a. 1979, S. 121-150, hier 131.

²⁷ Ungezeichneter Lagebericht »Die Lage in Westdeutschland«, [nach 4. November 1952], S. 4. ACDP, Best. VII-013-855.

²⁸ Hans VORSTER, *Das Verhältnis der Konfessionen in Deutschland 1945 bis 1985*, in: *Evangelisch und ökumenisch. Beiträge zum 100jährigen Bestehen des Evangelischen Bundes*, Göttingen 1986, S. 207-227, hier 207.

²⁹ Vgl. H. EHLERS (wie Anm. 22), S. 136.

³⁰ Wie oben Anm. 7, 8 u. 13. – Zur Streitfrage bei den Beratungen über das Personenstandsgesetz, »ob die Strafbestimmung für die Vornahme der kirchlichen Trauung vor erfolgt

schon in der Gründungsphase der Union war es zu konfessionellen Irritationen gekommen. So hatte das »C« im Parteinamen beim bruderrätlichen Flügel des Protestantismus theologische Bedenken ausgelöst,³¹ während die von katholischer Seite häufig beschworene Verteidigung des »christlichen Abendlandes«, überhaupt der dezidierte Antikommunismus des Hl. Stuhls auch bei konservativen Protestanten den Verdacht aufkommen ließ, hier solle eine »Kreuzzugsideologie« verbreitet und der evangelische Osten abgeschrieben werden.³² Andererseits erregte eine aus der protestantischen Schuld Diskussion erwachsene Neigung zur Moralisierung der Politik nicht nur das Mißfallen des nüchtern-pragmatischen Adenauer.³³

Insofern war es vor allem der bürgerlich-konservative Flügel des Protestantismus um den 1950 zum Bundestagspräsidenten gewählten Oberkirchenrat Hermann Ehlers, der sich mit Nachdruck zum Unionsgedanken bekannte. Die EKD-Leitung selbst bewahrte eine unverkennbare Distanz, die freilich vor allem von dem Bemühen bestimmt war, die Einheit der Kirche in West wie Ost auch über ihre dissidentierenden Flügel hinweg zu bewahren.³⁴ Hingegen stellten die katholischen Bischöfe Westdeutschlands sich (nahezu) geschlossen hinter die Unionsparteien und riefen in ihrem Hirtenwort zur Bundestagswahl 1949 zur Stimmabgabe für »christlich gesinnte Abgeordnete« auf.³⁵

Ziviltrauung beseitigt werden solle«, vgl. den Bericht von Kardinal FRINGS »*Einiges zur Situation der katholischen Kirche in Deutschland Herbst 1953 bis Sommer 1954*«, Teildruck in: Norbert TRIPPEN, *Interkonfessionelle Irritationen in den ersten Jahren der Bundesrepublik Deutschland*, in: *Staat und Parteien. Festschrift für Rudolf Morsey zum 65. Geburtstag*, Berlin 1992, S. 345-377, Zitat 370; ferner Heinrich KRONE, *Tagebücher. Erster Band: 1945-1961*, bearb. von Hans-Otto KLEINMANN, Düsseldorf 1995, S. 132, 134 f., 137, 159, 243, 251 u. 263.

31 Vgl. A. DOERING-MANTEUFFEL, *Die »Frommen«* (wie Anm. 7), S. 98 f.; ferner Anne MARTIN, *Die Entstehung der CDU in Rheinland-Pfalz*, Mainz 1995, S. 228.

32 Vgl. H. EHLERS (wie Anm. 23), S. 317; K. D. ERDMANN, Einleitung (wie Anm. 21), S. 16; J. VOGEL (wie Anm. 23), S. 78 f.; Heinz HÜRTEN, *Der Topos vom Christlichen Abendland in Literatur und Publizistik nach den beiden Weltkriegen*, Wiederabdruck in: DERS., *Katholiken, Kirche und Staat* (wie Anm. 8), S. 282-307. – Ein früher Beleg für positive Verwendung durch Bischof Dibelius (1947) bei M. J. INACKER (wie Anm. 7), S. 268; nachdenklich H. KRONE (wie Anm. 30), S. 84, der am 26. Februar 1950 vom »sehr abendliche[n] Abendland« spricht.

33 Vgl. H.-P. SCHWARZ, *Adenauer. Der Aufstieg* (wie Anm. 9), S. 773. Zur Auseinandersetzung Adenauer-Heinemann ferner Andreas HILLGRUBER, *Heinemanns evangelisch-christlich begründete Opposition gegen Adenauers Politik 1950-1952*, in: *Politik und Konfession. Festschrift für Konrad Reppen zum 60. Geburtstag*, Berlin 1983, S. 503-517; Hans-Erich VOLKMANN, *Gustav W. Heinemann und Konrad Adenauer. Anatomie und politische Dimension eines Zerwürfnisses*, in: GWU 38(1987), S. 10-32; Diether KOCH, *Heinemanns Kritik an Adenauers Deutschlandpolitik*, in: Josef FOSCHEPOTH (Hrsg.), *Adenauer und die Deutsche Frage*, Göttingen 1988, S. 207-234.

34 Vgl. A. DOERING-MANTEUFFEL, *Die »Frommen«* (wie Anm. 7), S. 103; G. BESIER, »*Christliche Parteipolitik*« (Anm. 10), S. 168. Daß bei aller Neutralität gleichwohl eine Präferenz der Kirchenführung für die Union bestand, betont M. J. INACKER (wie Anm. 7), S. 303.

35 Vgl. Alfons FITZEK (Hrsg.), *Katholische Kirche im demokratischen Staat. Hirtenworte*

Beim dominierenden Einfluß der Katholiken in der Union mußte beim evangelischen Parteiflügel zwangsläufig der Eindruck aufkommen, nur »eine Art Hilfstruppe« zu sein;³⁶ auch sah der Deutschland Union-Dienst sich mehrfach genötigt, dem Eindruck entgegenzutreten, Protestanten seien in der Union nicht erwünscht.³⁷ Aber die anfängliche, freilich selbstverschuldete Unterrepräsentanz führte dazu, daß die Personalpolitik in Bund und Ländern mit besonderem Argwohn verfolgt wurde. Selbst dem Unionsgedanken aufgeschlossen gegenüberstehende Beobachter wie Helmut Thielicke glaubten, eine »planvolle und energische Strategie einer konfessionell bestimmten Ämterbesetzung« erkennen zu können, jedoch mit dem bezeichnenden Hinzufügen, »daß in nicht wenigen Fällen ... bloß ein katholischer und eben kein evangelischer Kandidat zur Verfügung stand, und daß das Übergewicht des Katholizismus in der Personalpolitik – gerade seit 1945 – schwer denkbar wäre, wenn der Protestantismus die gleichen personellen Reserven gehabt hätte«³⁸.

Es half nichts, daß nach entsprechenden Pressevorwürfen eine von Bundesinnenminister Heinemann Anfang Januar 1950 veranlaßte Erhebung in den Bundesministerien die Haltlosigkeit der Vorwürfe schlagend nachwies.³⁹ Vielmehr erwies sich gerade die Personalpolitik als besonders ressentimentbelastet, wie nicht zuletzt das mehrjährige Tauziehen um den Posten des deutschen Vatikanbotschafters zeigt, den die evangelische Kirche grundsätzlich mit einem Angehörigen ihrer Konfession besetzt wissen wollte.⁴⁰ So verfolgte auch der im März 1952 gegründete Evangelische Arbeitskreis der Union nicht nur die Absicht, die infolge der Wiederbewaffnungsdebatte hochgehenden Wogen zu glätten und der Partei neue protestantische Wählerschichten zu erschließen, sondern er wollte auch personalpolitische Interessen wirksamer vertreten können, wie sich insbesondere nach der Bundestagswahl 1953 zeigte.⁴¹

der deutschen Bischöfe zu wichtigen Fragen der Zeit und zu den Bundestagswahlen 1945 bis 1980, Würzburg 1981, S. 84-89, Zitat 88.

36 Diskussionsbeitrag von Altbischof Kunst, in: Hans-Peter SCHWARZ (Hrsg.), *Konrad Adenauers Regierungsstil*, Bonn 1991, S. 94-99, Zitat 95; vgl. auch Hermann EHLERS, *Die geistigen Grundlagen der CDU* (wie Anm. 21), S. 86-89, hier 87.

37 Th. M. GAULY (wie Anm. 8), S. 140 f.

38 *Kirchliches Jahrbuch* 76 (1949), S. 247.

39 Vgl. Rudolf MORSEY, *Personal- und Beamtenpolitik im Übergang von der Bizonen- zur Bundesverwaltung (1947-1950). Kontinuität oder Neubeginn?*, Wiederabdruck in: DERS., *Von Windthorst bis Adenauer* (wie Anm. 8), S. 71-112, hier 102 f.; ferner Udo WENGST, *Staatsaufbau und Regierungspraxis 1948-1953. Zur Geschichte der Verfassungsorgane der Bundesrepublik Deutschland*, Düsseldorf 1984, S. 181 f.

40 Vgl. hierzu N. TRIPPEN (wie Anm. 30), S. 349 mit Anm. 8.

41 G. BESIER, »Christliche Parteipolitik« (wie Anm. 10); vgl. auch K. D. ERDMANN, *Einleitung* (wie Anm. 21), S. 34.

Trotz aller Animositäten arbeiteten die Vertreter der beiden Kirchen beim Bund jedoch »fair und loyal« zusammen; das hielt Prälat Wilhelm Böhler, dem konfessionelle Enge an sich keineswegs fremd war, im Herbst 1954 ausdrücklich fest.⁴² Er glaubte indes sicher zu sein, daß der sichtlich stärker gewordene Konfessionalismus gerade dem Umstand entsprang, der ihn hatte überflüssig machen sollen, nämlich der interkonfessionellen Zusammenarbeit in den Unionsparteien.⁴³ Womöglich bewirkte gerade sie, daß wechselseitige mentale Fremdheit, tradiertes Vorurteil und konkurrierende Interessen, die überdies vom politischen Gegner geschürt wurden, gleichsam ungebremst aufeinander stießen. Andererseits ist nicht zu übersehen, daß auch unter durchaus ökumenisch gesinnten Protestanten die Befürchtung verbreitet war, der aus dem Zusammenbruch des Dritten Reiches sichtlich gestärkt hervorgegangene und selbstbewußte Katholizismus sei – inner- wie außerhalb Deutschlands – in gleich vierfacher Hinsicht auf dem Vormarsch: territorial, politisch, geistig und biologisch, weswegen auch die Union »unter sichtbarer oder stiller katholischer Führung« stehe und nach Auffassung der Katholiken nichts anderes sei »als die zeitgemäße Fortsetzung des früheren Zentrums«.⁴⁴

3. Artikulationen protestantischen Unbehagens

Niemöllers eingangs zitierter Temperamentsausbruch, der im In- wie Ausland erhebliches Aufsehen erregte, war kein Einzelfall.⁴⁵ Schon 1946 hatte Karl Barth den sich verschärfenden Ost-West-Gegensatz zum Anlaß genommen, um in vielbeachteten Vorträgen für den deutschen Protestantismus einen eigenen, dritten Weg zwischen den Machtblöcken zu fordern.⁴⁶ Sympathien für die politische Linke, ein unverhohlener Antiamerikanismus sowie massive antikatholische Aversionen gingen dabei eine eigentümliche Verbindung ein. Das Echo war groß. So ist auch Niemöllers Behauptung,

42 Zitiert bei Th. M. GAULY (wie Anm. 8), S. 144; die Einschätzung Böhlers bei H. KRONE (wie Anm. 30), S. 117 u. 141. – Zum Wirken Böhlers vgl. auch Burkhard van SCHEWICK, *Wilhelm Böhler (1891-1958)*, in: *Zeitgeschichte in Lebensbildern*, Bd. 4, Mainz 1980, S. 197-207 u. 277 f.

43 Th. M. GAULY (wie Anm. 8), S. 142 mit Anm. 11.

44 Undatierte Denkschrift Heinrich Bornkamms »Die gegenwärtige Lage der katholischen Kirche«, [nach 4. März 1947]. Evangelisches Zentralarchiv Berlin, Best. 2/189, Zitate S. 6 u. 29 f. Ich danke Wolfgang Tischner für den Hinweis auf diese Quelle.

45 Wie Anm. 6.

46 Vgl. F. SPOTTS (wie Anm. 8), S. 206 f.; Friedrich Wilhelm GRAF, *Königsherrschaft Christi in der Demokratie. Karl Barth und die deutsche Nachkriegspolitik*, in: *Evangelische Kommentare* 23 (1990), S. 735-738; M. J. INACKER (wie Anm. 7), S. 273 ff., 293 ff. u. ö. Ebd. S. 331 Gerhard Ritters Urteil über den »Sozialisten und schweizerischen Kirchturnpolitiker« Barth.

die Deutschen zögen eine rasche Wiedervereinigung unter kommunistischer Diktatur einer Fortdauer der Teilung vor, erkennbar von Barth geprägt.⁴⁷ Das trifft auch auf einen im Evangelischen Pressedienst erschienenen Artikel von Pastor Heinrich Albertz zu. Darin hatte Albertz unter dem Eindruck der »Tauffeierlichkeiten der Bundesrepublik« die »tragische« Verschiebung der konfessionellen Verhältnisse beklagt und die deutsche Teilung als »größte[n] Gewinn für die Politik der römischen Kurie« bezeichnet.⁴⁸ Hier findet sich die gleiche Verschwörungsvorstellung, die auch Niemöller in seinem Diktum zum Ausdruck gebracht hatte: daß nämlich, wie Niemöller im Dezember 1950 vor evangelischen Unionsabgeordneten erläuterte, die »Spaltung das Ergebnis einer zielbewußten katholischen Politik« sei, die über den (katholischen) US-Sondergesandten beim Vatikan, Myron Taylor, auf die amerikanischen Präsidenten Roosevelt und Truman »eingewirkt habe«. So war Niemöller auch überzeugt, daß »von katholischer Seite ... die Wiedervereinigung nicht gewünscht [werde]«⁴⁹.

Wie Niemöller gehörte Albertz zum linken, bruderrätlichen Flügel der EKD, hatte sich jedoch von seinem geistlichen Amt beurlauben lassen und war 1948 als Vertriebenen-, später Sozialminister in das von der SPD geführte niedersächsische Kabinett Kopf eingetreten. In dieser Funktion wiederholte er in den Jahren 1954/55, nunmehr vor dem Hintergrund der schulpolitischen Auseinandersetzungen in Niedersachsen, noch mehrfach seine Beschuldigungen, so wenn er den Katholiken öffentlich vorwarf, durch »pfäffisch-klerikales Wesen mit starken gegenreformatorischen Zügen« nicht allein die »Teilung Deutschlands und Europas« auszunutzen, sondern auch, und darin der Sowjetunion vergleichbar, »die Freiheit in unserer Welt zu gefährden« und den »heidnischen Norden« durch gezielte Ansiedlung von Flüchtlingen rekatholisieren zu wollen.⁵⁰ Im Vorfeld der Bundestagswahlen 1953 beklagte auch der Bevollmächtigte der EKD bei der DDR-Regierung, Propst Grüber, ein angebliches Desinteresse der »katholischen« Bundesrepublik »am Mutterland der Reformation«, ein Vorwurf, der bezeichnenderweise im »Manchester Guardian« abgedruckt wurde und noch mit einem weiteren antikatholischen Seitenhieb versehen war.⁵¹ Ihm sekundierte der SPIEGEL-

47 H. THIELICKE in: *Kirchliches Jahrbuch* 76(1949), S. 248 f.

48 Druck bei N. TRIPPEN (wie Anm. 30), S. 353 ff.

49 Zitiert nach G. BESIER, »Christliche Parteipolitik« (wie Anm. 10), S. 170; vgl. auch *Kirchliches Jahrbuch* 76(1949), S. 259.

50 Einschlägige KNA-Meldungen vom 17. Februar und 10. August 1954, 2. Februar u. 14. Juni 1955 im Nachlaß Walter Adolph, Kommission für Zeitgeschichte, Bonn, Best. WA 201, Bil. 100 f., 103 ff.

51 Einzelnachweise bei N. TRIPPEN (wie Anm. 30), S. 350 u. 358 f. – Grüber hatte bereits um die Jahreswende 1949/50 nach einem Besuch des in der DDR weiterbetriebenen KZ Sachsenhausen durch irritierende Äußerungen Aufsehen erregt und den Ratsvorsitzenden Bischof

Herausgeber Rudolf Augstein, er freilich katholischer Renegat, indem er eine Sammlung politischer Kommentare unter dem bezeichnenden Titel »Deutschland – Ein Rheinbund« herausbrachte und dies mit der Unterstellung verband, »das Land östlich der Elbe« solle »auf dem Altar eines imaginären West-Europa« geopfert werden.⁵² Alles dies verstärkte in den Unionsparteien den Eindruck gezielter politischer Brunnenvergiftung.⁵³

Eine besondere Zuspitzung erhielt der konfessionelle Streit jedoch in Verbindung mit der Wiederbewaffnung und deren Zusammenhang mit der deutschen Frage.⁵⁴ Schon Niemöllers Dezember-Attacke von 1949 war auch eine Reaktion auf ein Interview Adenauers, der den Aufbau der Kasernierten Volkspolizei in der DDR zum Anlaß genommen hatte, um über einen möglichen westdeutschen Verteidigungsbeitrag nachzudenken.⁵⁵ Die öffentliche Resonanz von Niemöllers scharfem antikatholischen Zungenschlag hatte seine deutschlandpolitischen Absichten zunächst jedoch ganz in den Hintergrund gedrängt. In späteren Erläuterungen beschwor Niemöller jedoch wiederholt die Gefahr eines deutsch-deutschen Krieges, dessen Hauptlast wiederum der Protestantismus zu tragen hätte. Vollends seit Herbst 1950 – inzwischen hatte Kardinal Frings unter dem Eindruck des Korea-Krieges die Verteidigung der Freiheit zur Christenpflicht erklärt und Adenauer war mit zwei Sicherheitsmemoranden an die Westmächte herangetreten – setzte sich Niemöller an die Spitze jener Kräfte im Protestantismus, die eine westdeutsche Wiederbewaffnung strikt ablehnten. Am 4. Oktober 1950 bestritt er in einem offenen Brief dem Bundeskanzler wie auch dem Bundestag in schneidender Schärfe das Recht, über »Kriegsrüstung« oder gar »Kriegsteilnahme« zu befinden.⁵⁶ Daß Niemöller und maßgebende Repräsentanten der Bekennenden Kirche sich wenige Wochen später demonstrativ mit der SPD-Führung trafen und über die Wiederbewaffnung »in wichtigen Punkten Übereinstimmung« erzielten, löste in Unions- wie in kirchlichen Kreisen kaum weniger Aufregung aus.⁵⁷

Dibelius zu vorsichtiger Distanzierung genötigt. Vgl. hierzu *Kirchliches Jahrbuch* 76(1949), S. 238 f. u. 254 f.

52 Nachweise bei N. TRIPPEN (wie Anm. 30), S. 348.

53 Zur Diskussion im CDU-Bundesvorstand und in der CDU/CSU-Bundestagsfraktion vgl. Günter BUCHSTAB (Bearb.), *Adenauer. »Es mußte alles neu gemacht werden«*, *Die Protokolle des CDU-Bundesvorstandes 1950-1953*, Stuttgart 1986, S. 87, 95, 609, 614; Helge HEIDEMEYER (Bearb.), *Die CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag. Sitzungsprotokolle 1949-1953*, Düsseldorf 1998, S. 149 f., 155, 187 ff., 227, 247, 307, 309 f., 330, 367, 467, 486.

54 Wie Anm. 13.

55 Vgl. J. VOGEL (Anm. 13), S. 79; H.-P. SCHWARZ, *Adenauer. Der Aufstieg* (Anm. 9), S. 735 f.; D. KOCH (Anm. 33), S. 210.

56 Ausführliche Dokumentation im *Kirchlichen Jahrbuch* 77(1950), S. 160-227, hier 174 f.

57 Ebd. S. 190 ff., 210 ff., 220 ff.

Das gleichzeitige Ausscheiden von Innenminister Heinemann aus dem Bundeskabinett offenbarte ebenfalls gravierende deutschland- und außenpolitische Meinungsverschiedenheiten mit dem Kanzler.⁵⁸ Sie verstärkten sich während der Folgejahre, so daß Heinemann, der als Präses der Gesamtdeutschen Synode zu den geachtetsten Persönlichkeiten im Protestantismus zählte, im Herbst 1952 die von ihm mitgegründete CDU verließ und sich in der Gesamtdeutschen Volkspartei ein neues Forum schuf. Sie wurde alsbald zur Verkörperung gesamtdeutsch-protestantischer Ressentiments gegen die »katholische« Bundesrepublik und bestritt ihre öffentliche Polemik mit Parolen wie »Keinen westdeutschen Kirchenstaat« oder »Nicht Rom, sondern Berlin«, während das Organ der Bekennenden Kirche »Stimme der Gemeinde« gegen »Die Wehrmacht des Herrn Frings« zu Felde zog.⁵⁹

Daß die oppositionellen Sozialdemokraten, zum Befremden der CDU-Führung jedoch auch der Koalitionspartner FDP versuchten, Nutznießer der konfessionellen Spannungen zu werden, konnte nicht überraschen. Beide Parteien umwarben vor allem die evangelische Wählerschaft und suchten sie der Union durch den stereotypen Hinweis auf deren angeblich katholisch-klerikalen Charakter abspenstig zu machen.⁶⁰ Das zeigte sich namentlich während der Wahlkämpfe 1953/54. Das konfessionelle Argument diente jedoch auch zur Diskreditierung der Deutschland- und Europapolitik. Schon 1950 hatte Kurt Schumacher abschätzig vom »Sechser-Europa« gesprochen, das »konservativ, klerikal, kapitalistisch, kartellistisch« sei, während der streitbare Liberale Thomas Dehler kurzerhand vom »vaticanischen Europa« sprach.⁶¹ Und hatte Schumacher dem Kanzler zunächst zu große Willfährigkeit gegenüber den Alliierten vorgeworfen, so entwarf er nunmehr das »Bild eines ›katholischen Deutschland‹, geprägt von einer ›klerikalen‹ Partei

58 Wie Anm. 33; ferner *Kirchliches Jahrbuch* 77(1950), S. 166, 178-186, 190 f., 210 ff.

59 F. SPOTTS (Anm. 8), S. 217, 222; A. DOERING-MANTEUFFEL, *Die Kirchen und die EVG* (wie Anm. 13), S. 333; Josef MÜLLER, *Die Gesamtdeutsche Volkspartei. Entstehung und Politik unter dem Primat nationaler Wiedervereinigung 1950-1957*, Düsseldorf 1990, S. 329-333.

60 Vgl. Th. M. GAULY (Anm. 8), S. 135, 141, 145; H. EHLERS, *Die konfessionelle Zusammenarbeit* (Anm. 23), S. 320 f.; ferner Anm. 52.

61 Zitiert nach R. MORSEY, *Katholizismus und Unionsparteien* (Anm. 8), S. 265 f. – Zur These des SPD-Abgeordneten Arndt, daß sich »ein katholisch-konservatives und ein protestantisch-sozialistisches Europa« gegenüberständen, vgl. N. TRIPPEN (Anm. 30), S. 362. – Für Thomas Dehler, der nach dem Rücktritt Heinemanns noch gemeint hatte: »Die ganze Haltung von Herrn Heinemann ist Kampf und entspricht der bössartigen Einstellung Niemöllers, es ist die Mobilisierung der evangelischen Kirche gegen den katholischen Kanzler« (H.-P. SCHWARZ, *Adenauer. Der Aufstieg* [Anm. 9], S. 774), stellten sich die Konfessionsfragen schon vor seiner Entlassung als Bundesjustizminister (1953) in auffallender Weise anders dar. Vgl. hierzu Thomas DEHLER, *Reden und Aufsätze*, Köln-Opladen 1969, S. 69, 72 f., 88, 94-97 u. ö.; Udo WENGST, *Thomas Dehler 1897-1967. Eine politische Biographie*, München 1997, passim. Zahlreiche einschlägige Presseberichte im Nachlaß Walter Adolph, Kommission für Zeitgeschichte Bonn, Best. WA 10a, 23a.

und einer den katholischen Bischöfen hörigen Bundesregierung«. ⁶² Außen- wie innenpolitisch erwies sich der Vorwurf vom »Klerikalismus in der deutschen Politik« als Vielzweckwaffe. ⁶³ Auch Günther Wirth, Sekretär des Hauptvorstandes der Ost-CDU, empfahl Anfang Januar 1954 seinen Genossen, die »antikatholischen Affekte« in »Westdeutschland« nach Kräften auszunutzen. ⁶⁴

4. Reaktionen der Unionsführung und der Kirchen(leitungen)

Daß der Erfolg der Union mit ihrem interkonfessionellen Charakter stand und fiel, war niemandem lebhafter bewußt als dem Parteivorsitzenden; in der ersten Erregung über »die provozierten konfessionellen Spannungen« sprach er am 12. Januar 1950 vor der CDU/CSU-Bundestagsfraktion gar davon, daß die Störung des interkonfessionellen Charakters der Union das »Ende des deutschen Volkes« bedeuten würde. ⁶⁵ Daher hatte Adenauer, wie sehr ihn die Attacke Niemöllers auch immer getroffen hatte, ⁶⁶ die Entlassung Heinemanns keineswegs leichten Herzens vollzogen, obwohl ihre Entfremdung sich seit längerem angekündigt hatte. ⁶⁷ Denn stärker noch als die ihn an Heinemann irritierende Verknüpfung von protestantisch-konfessionellen, moralisierenden und »nationalneutralistischen« Positionen ⁶⁸ beunruhigte ihn die Frage, welche Auswirkungen der Rücktritt auf die Wähler und die Zusammenarbeit in Fraktion und Partei haben würde. Jedenfalls trat er nachdrücklich dafür ein, daß ein evangelischer Unionsabgeordneter für die Nachfolge des zurückgetretenen Bundestagspräsidenten Köhler nominiert wurde, wobei die Fraktion sich mit Mehrheit für Oberkirchenrat Hermann Ehlers entschied. Den katholischen Mitbewerber Kurt-Georg Kiesinger bewog Adenauer zum Verzicht. Auch trug er Sorge, daß mit Robert Lehr

⁶² Th. M. GAULY (Anm. 8), S. 139.

⁶³ Thomas ELLWEIN, *Klerikalismus in der deutschen Politik*, München 1955.- Daß »Klerikalismus« mitnichten ein rein katholisches Phänomen war, wie häufig unterstellt, zeigt u. a. M. J. INACKER an der »Klerikalisierung der Politik« durch die Barthianer. Vgl. ebd. (Anm. 7), S. 293, 322 u. ö.

⁶⁴ Günther Wirth, Über die augenblickliche kirchenpolitische Situation in der DDR, 9. Januar 1954. ACDP, Best. VII-013-855, S. 5.

⁶⁵ Vgl. H. HEIDEMEYER, *CDU/CSU-Fraktion* (wie Anm. 53), S. 149 f.

⁶⁶ Vgl. Adenauer an Niemöller, 18. Januar 1950, in: *Adenauer. Briefe 1949-1951*, bearb. von Hans Peter MENSING, Berlin 1985, S. 161 f. Niemöllers Antwort vom 25. Januar 1950 (ebd. S. 478 f.) charakterisierte der Kanzler »als eine Arroganz ..., der gegenüber ich sprachlos war«. Ebd., S. 187 f.

⁶⁷ Vgl. hierzu die Arbeiten von A. HILLGRUBER, H.-E. VOLKMANN und D. KOCH (wie Anm. 33), ferner H.-P. SCHWARZ, *Adenauer. Der Aufstieg* (Anm. 9), S. 770-774.

⁶⁸ So A. DOERING-MANTEUFFEL, *Die Kirchen und die EVG* (Anm. 13), S. 321.

gleichfalls ein Protestant die Nachfolge Heinemanns antrat.⁶⁹ In der Tat bewährte sich dieser personelle Schachzug schon wenige Tage später, als es dem evangelischen Unionsflügel um Ehlers gelang, auf dem Goslarer Gründungsparteitag der CDU (20. – 22. Oktober 1950) eine Grundsatzdebatte über den Heinemann-Konflikt zu verhindern.⁷⁰

Aber die Unruhe in der Partei blieb. Adenauer sah sich häufig veranlaßt, vor dem Parteivorstand wie vor der Bundestagsfraktion der Union auf »wachsende Ressentiments im evangelischen Lager« hinzuweisen und vor konfessioneller Keiltreiberei zu warnen, die, wie er wußte, die »Partei ins Mark« treffen mußte. Seine Mahnungen richteten sich dabei keineswegs nur an die evangelische Seite, sondern auch an Maximalisten unter den Katholiken.⁷¹ Ihm war bewußt, was auch Heinrich Krone als notwendig in seinem Tagebuch festhielt, daß »das evangelische Element« in der Union »sorgsam« behandelt werden müßte.⁷² Deshalb suchte er engen Kontakt zur Leitung der EKD und registrierte mit Erleichterung, daß nach einem Treffen am 21. März 1950, an dem auch Niemöller teilgenommen hatte, keine »gegensätzlichen Entwicklungen des konfessionellen Bekenntnisses im politischen Raum ... zu befürchten« waren.⁷³ Auch begrüßte er nach anfänglichem Zögern die Gründung eines Evangelischen Arbeitskreises in der Unionsfraktion und trug mit seiner Grundsatzrede auf dem Gründungskongreß im März 1952 zur Beruhigung bei.⁷⁴ Dies schien ihm schon im Blick auf die Bundestagswahlen notwendig, die zwingend erforderlich machten, in der evangelischen Wählerschaft stärker Tritt zu fassen. Davon überzeugt, daß gerade konfessionelle Störungen lange nachwirkten, zeigte er sich auch beim Reizthema »Personalpolitik« zum Entgegenkommen bereit, erinnerte aber auch daran, daß die bevorzugte Berücksichtigung protestantischer Be-

69 Kurt Georg KIESINGER, *Erlebnisse mit Konrad Adenauer*, in: *Konrad Adenauer und seine Zeit. Politik und Persönlichkeit des ersten Bundeskanzlers. Beiträge von Weg- und Zeitgenossen*, Stuttgart 1976, S. 59-72, hier 63; H.-P. SCHWARZ, *Adenauer. Der Aufstieg* (Anm. 9), S. 782 f. Die Fraktionsprotokolle verzeichnen eine Kandidatur Kiesingers nicht; hier ist lediglich von den (evangelischen) Kandidaten Ehlers, Kunze und Tillmanns die Rede. H. HEIDEMEYER, *CDU/CSU-Fraktion* (wie Anm. 53), S. 310. – Vgl. auch Gerhard BESIER, *Hermann Ehlers. Ein evangelischer CDU-Politiker zur Frage der deutschen Einheit*, in: *Kerygma und Dogma* 36(1990), S. 80-109.

70 Wie Anm. 68, hier S. 330.

71 Vgl. G. BUCHSTAB, *Protokolle* (Anm. 53), S. 55 u. 145; ferner H. HEIDEMEYER, *CDU/CSU-Fraktion* (Anm. 52), S. 149 f., 187 ff., 330.

72 H. KRONE (Anm. 30), S. 105.

73 H. HEIDEMEYER, *CDU/CSU-Fraktion* (Anm. 53), S. 247.

74 Vgl. H.-P. SCHWARZ, *Ära Adenauer* (Anm. 12), S. 125 f.; G. BESIER, »Christliche Parteipolitik« (Anm. 10).

werber allein aufgrund ihrer Konfession, namentlich wenn sie der Union fernstünden, auf katholischer Seite Spannungen hervorriefe.⁷⁵

Angesichts der gravierenden Meinungsverschiedenheiten im Protestantismus, die im Gefolge der Wehrdebatte selbst die Gefahr einer Spaltung heraufbeschworen, war die Leitung der EKD vor zuweilen kaum lösbar erscheinende Aufgaben gestellt.⁷⁶ Denn sie hatte nicht nur die theologischen und (kirchen-)politischen Gegensätze in den eigenen Reihen auf einer mittleren Linie auszugleichen, sondern durfte auch ihre gesamtdeutsche Brückenfunktion nicht gefährden. Ihr Spielraum war somit bedeutend geringer als der des katholischen Episkopats. Erschwerend trat hinzu, daß die spektakulären Aktivitäten aus dem bruderrätlichen Flügel der EKD diesem ein weit größeres Maß an öffentlicher Aufmerksamkeit bescherten, als es seinem innerkirchlichen Gewicht entsprach.⁷⁷ So mußte der Ratsvorsitzende Bischof Dibelius bestrebt sein, den tagespolitischen Streit wenn möglich von der Kirche fernzuhalten, ihn jedenfalls nicht zum Sprengsatz für die mühsame Bewahrung der innerprotestantischen Einheit – auch über die Zonengrenze hinweg – werden zu lassen. Der im November 1951 unter maßgeblicher Beteiligung des Hannoverschen Landesbischofs Hanns Lilje gegründete Kronberger Kreis dürfte mit seinem Eintreten für die Verankerung der Bundesrepublik in der westlichen Wertegemeinschaft gleichfalls beruhigend gewirkt haben.⁷⁸

Auf Niemöllers Attacke vom Dezember 1949 reagierte der Rat der EKD mit dem unverkennbaren Willen zur Schadensbegrenzung; er stellte klar, daß das Interview nicht die Meinung »der evangelischen Kirche« wiedergebe, und bekräftigte, daß die deutsche Einheit nicht durch Preisgabe der Würde und Freiheit des Menschen erkaufte werden dürfe. War damit eine Annäherung an die außenpolitische Grundposition Adenauers vollzogen, so fiel die Distanzierung von Niemöllers antikatholischer Spitze weniger eindeutig aus. Zwar unterstrich der Rat, daß der gemeinsam durchzustandene Kirchenkampf künftig »das Verhältnis der beiden Konfessionen« bestimmen

75 G. BUCHSTAB, *Protokolle* (Anm. 53), S. 75. – Bezeichnend auch Krones Tagebucheintrag vom 31. Januar 1953: »Wir [= Adenauer und Krone] sprachen ferner über den Botschafter beim Vatikan. In Rom lege man Wert darauf, daß die Entscheidung, wer es werden solle, auch vom innerdeutschen Standpunkt aus getroffen werde und daß es nicht zu einer Trübung des Verhältnisses zwischen Katholiken und Protestanten kommen dürfe. Der Kanzler wird vor der Bundestagswahl die Frage nicht entscheiden, und das mit Wissen Roms. Es müsse ein Katholik werden, aber wer, fragte der Kanzler«. H. KRONE (Anm. 30), S. 112.

76 *Kirchliches Jahrbuch* 77(1950), passim; 78(1951), S. 5-13; J. VOGEL (Anm. 13) passim.

77 A. DOERING-MANTEUFFEL, *Die Kirchen und die EVG* (Anm. 13), S. 323.

78 Vgl. Robert STUPPERICH, *Otto Dibelius. Ein evangelischer Bischof im Umbruch der Zeiten*, Göttingen 1989, S. 442-503. – Zum Kronberger Kreis jetzt Thomas SAUER, *Westorientierung im deutschen Protestantismus. Vorstellungen und Tätigkeit des Kronberger Kreises*, München 1999.

solle, betonte aber auch die Pflicht, »den konfessionellen Gewichtsverschiebungen ernste Aufmerksamkeit zuzuwenden«. Entschieden unverblümter äußerte sich der württembergische Landesbischof Haug, der sarkastisch von »eine[r] Weihnachtsüberraschung besonderer Art« sprach und dem ehemaligen U-Boot-Kommandanten vorhielt, mit seinem »Torpedo ... die eigene Flotte getroffen« zu haben.⁷⁹

Daß die konfessionellen Irritationen sich während der Debatte über die Wiederbewaffnung verstärkten, war auch in den unterschiedlichen Positionen der beiden Kirchen begründet. Nach dem Vorpreschen von Kardinal Frings bekräftigte der Rat der EKD Ende August 1950 seine ablehnende Haltung und nahm erst im November eine moderatere Position ein.⁸⁰ Dabei stand er unter dem Eindruck der massiven Politisierung, die der Streit durch den Rücktritt von Innenminister Heinemann, die offenen Briefe des bruder-rätlichen Flügels und das Treffen Niemöllers mit der SPD-Führung erhalten hatte und die als akute Gefährdung der interkonfessionellen Zusammenarbeit in der Union empfunden wurde.⁸¹ Indem der Rat die Schärfe der Auseinandersetzung bedauerte und die Haltung zur Wiederbewaffnung der freien Gewissensentscheidung des Einzelnen überließ,⁸² sicherte er der Kirche wie der vom Glauben inspirierten Politik die unerläßliche Bewegungsfreiheit, zumal er »in politischen Fragen« auch künftig keinen »einheitlich gefügten Block« anstrebte.⁸³ Dieses Einlenken dürfte nicht zuletzt auf das Drängen des evangelischen Unionsflügels zurückgehen, der soeben auf dem Goslarer Bundesparteitag ein nachdrückliches Bekenntnis zur politischen Zusammenarbeit mit den Katholiken abgelegt hatte.⁸⁴ Daß ihm das später von Niemöller den Vorwurf einer »katholisch infizierten evangelischen Gruppe« zuziehen würde,⁸⁵ zeigt indes, wie stark bei diesem die konfessionelle Aversion für das Urteil bestimmend blieb.

Es ist auffällig, daß die katholischen Bischöfe darauf verzichteten, die Entgleisungen »konfessioneller Propagandisten«⁸⁶ mit gleicher Schärfe zu kommentieren. Frederic Spotts hält ihr »Schweigen ... in seiner Art« gar für ähnlich »schrill wie Niemöllers Schmähungen«, um die wenig überzeugende Deutung anzufügen, daß es »mehr das Verstummen der Angst als die Stille

⁷⁹ *Kirchliches Jahrbuch* 76(1949), S. 253 f. Das Zitat Haugs bei M. J. INACKER (Anm. 7), S. 322.

⁸⁰ *Kirchliches Jahrbuch* 77(1950), S. 165 f. u. 223.

⁸¹ Ebd. 166-210.

⁸² Ebd. S. 223.

⁸³ So der Ratsvorsitzende, Bischof Dibelius. *Kirchliches Jahrbuch* 78(1951), S. 10.

⁸⁴ Druck der Entschließung: *Kirchliches Jahrbuch* 77(1950), S. 190 f.

⁸⁵ Niemöller an Tillmanns, 25. April 1955. Druck: *Kirchliches Jahrbuch* 82(1955), S. 21 f.

⁸⁶ Karlheinz SCHMIDTHÜS, *Das katholisch-evangelische Verhältnis*, in: *Wort und Wahrheit* 9 (1954), S. 405-408, hier 405.

der Befriedigung« gewesen sei.⁸⁷ Dennoch ersparte Niemöllers unmittelbarer Nachbar, Bischof Kempf von Limburg, dem streitbaren Kirchenpräsidenten nicht den Vorwurf, durch die Unterstellung einer vatikanischen Vaterschaft an der deutschen Teilung das Empfinden der Katholiken »tief verletzt« zu haben.⁸⁸ Wie schon Niemöllers öffentlich verbreitete Erläuterungen sein Diktum nur abgeschwächt, nicht jedoch zurückgenommen hatten,⁸⁹ so erhielt auch Kempf keine befriedigende Antwort. Die Versicherung, »leider im Gespräch eine zugespitzte Formulierung gebraucht« zu haben, »die ich lieber in der Presse nicht gesehen hätte«, war nicht mehr als eine Schutzbehauptung, die überdies durch spätere Attacken in Zweifel gezogen wurde.⁹⁰

Immerhin nahm Kardinal Frings die wachsenden konfessionellen Spannungen zum Anlaß, um im Wahljahr 1953 das Verhältnis der beiden Kirchen vor der Fuldaer Bischofskonferenz zu behandeln. Dabei glaubte er diese Spannungen als »Ausdruck einer Desillusionierung« deuten zu können, wie sie mit nachlassender Bedrückung »notwendig« habe eintreten müssen. Freilich stellte er auch ein »Wiedererstarken nicht unmittelbar theologisch bedingter antikatholischer Affekte« fest, die durch jene geschürt würden, welche von einer Störung des konfessionellen Friedens zu profitieren hofften.⁹¹ Ein Jahr später führte er die Fortdauer der konfessionellen Spannungen auf den Wahlerfolg der Unionsparteien zurück, den diese auch in der evangelischen Wählerschaft erzielt hatten und der nun die Freien wie die Sozialdemokraten, aber auch Magazine wie den SPIEGEL dazu verleite, die Union durch Parolen wie »Konfessionalisierung« oder »Klerikalisierung« in Mißkredit zu bringen. Frings wollte allerdings auch »eine gewisse Angst« der Protestanten »vor der Stärke der katholischen Kirche und vor der eigenen Schwäche« nicht ausschließen.⁹² Hier wie dort lautete seine Schlußfolgerung gleich: »Streit unter Christen ist nicht nach dem Wohlgefallen des Herrn und ein Ärgernis vor der Welt«. Die »Aufgabe von uns Bischöfen« konnte somit nur darin bestehen, »alles zu tun, daß der Friede unter den Konfessionen gewahrt bleibt«⁹³. Mit dem Willen zu praktischer Zusammenarbeit in der Politik auf der Grundlage gemeinsamer christlicher Verantwortung unterstrich er das Grundanliegen der Unionsgründung und erteilte jeder Form von

87 F. SPOTTS (Anm. 8), S. 208 f.

88 Kempf an Niemöller, 20. Dezember 1949. DA Limburg 15 F (1945-1967); Kempf an Niemöller, 10. Januar 1950 (Zitat). DA Limburg, Nachlaß Kempf, Mappe 298.

89 *Kirchliches Jahrbuch* 76(1949), S. 242 f. u. 246.

90 Niemöller an Kempf, 3. Januar 1950. DA Limburg, NL Kempf, Mappe 298.

91 Referat auf der Fuldaer Bischofskonferenz, August 1953. Druck: N. TRIPPEN (Anm. 30), S. 355-369, Zitat 361.

92 Bericht Frings' (Anm. 30), S. 371 ff.

93 Referat Frings' (Anm. 91), Zitate S. 365.

konfessioneller Scharfmacherei eine klare Absage. Hier wußte sich der Episkopat mit gleichgesinnten Kräften im Protestantismus einig, die – wie der schon genannte württembergische Landesbischof Haug – nach Niemöllers konfessionalistischer Entgleisung öffentlich gefordert hatten, »daß bei allem Ernst des religiösen Ringens um die Wahrheit der konfessionelle Friede erhalten bleibe«⁹⁴. Daß diese Haltung in beiden Konfessionen eine Mehrheit gewann, wurde zu einer wichtigen Voraussetzung für das allmähliche Abflauen der Spannungen.

5. Ein Streit ohne Folgen

In betontem Gegensatz zur oft verletzenden Schärfe der Anschuldigungen und Unterstellungen steht ihre weitgehende Folgenlosigkeit. Mit wachsender Stabilisierung der Bundesrepublik und der Verfestigung der deutschen Zweistaatlichkeit, mit der Zunahme eines ökumenischen Grundgefühls im Zuge des Zweiten Vatikanums, ferner mit der ungebremsst, ja forciert fortschreitenden Säkularisierung, die auch konfessionelles Sonderbewußtsein relativierte, und endlich mit jener allgemeinen Abschmelzung politisch-konfessioneller Sozialmilieus, die für die Nach-Adenauer-Zeit so kennzeichnend ist, traten auch die interkonfessionellen Irritationen zurück.⁹⁵ Mehr und mehr zeigte sich, was einem zeitgenössischen Beobachter schon 1954 aufgefallen war, daß es sich bei den Verschwörungsszenarien und Untergangsprophetien der Albertz und Niemöller um »psychologisch [gewiß] sehr verständliche Versuche« handelte, »gegenüber bedrohlichen Schemen, die für Wirklichkeiten gehalten wurden, Gegengewichte zu schaffen und theologische Unklarheiten durch imponierende Aktionen zu überdecken«,⁹⁶ sofern man sie nicht als den Versuch interpretieren will, ein historisch gewachsenes, unreflektiertes und daher für selbstverständlich gehaltenes politisch-kulturelles Übergewicht des Protestantismus auch unter den veränderten Rahmenbedingungen der westdeutschen Nachkriegsordnung zu bewahren. Kein Zweifel jedenfalls, daß die Verschiebung der konfessionellen Proportionen im westdeutschen Kernstaat und das weithin geschlossene Agieren der Katholiken im Protestantismus als »irritierend« empfunden wurde⁹⁷ – selbst wenn man nicht so vollmundig tönen mochte wie ein Beobachter der Ost-CDU, der den Katholizismus gar als »erratischen Block« auf Westeuropa lasten sah.⁹⁸

94 Zitiert bei M. J. INACKER (Anm. 7), S. 322.

95 Vgl. hierzu auch K. SCHMITT, *Konfessioneller Konflikt* (Anm. 4), S. 167 f.

96 K. SCHMIDTHÜS (Anm. 86), S. 406.

97 Vgl. A. DOERING-MANTEUFFEL, *Die Kirchen und die EVG* (Anm. 13), S. 328.

98 Memorandum von Günther Wirth, *Haltung der Kirchen in Westeuropa*, Mai 1956, S. 1. ACDP, Best. VII-013-855.

Niemöllers Invektive gegen den Vatikan war freilich einem Arsenal von Verschwörungsvorstellungen entnommen, dessen sich die antikatholische Polemik seit Otto von Corvins »Pfaffenspiegel«⁹⁹ bis zu Joseph Goebbels' Tagebucheintragungen¹⁰⁰ und Karlheinz Deschners Kriminalisierungsversuchen¹⁰¹ bedient. Daß ein Mann von der moralischen Autorität Martin Niemöllers, der sich in der KZ-Haft zeitweise mit Konversionsabsichten getragen hatte, dergleichen plumpe Anleihen nicht verschmähte, sagt denn auch ebenso viel über seine politische Naivität wie über die Kraft des konfessionellen Vorurteils. So wird verständlich, warum ein innerprotestantischer Kritiker ihm vorhalten konnte, »in den letzten Jahren immer wieder verwirrt und verwirrend gehandelt« zu haben.¹⁰²

Auch der Argwohn, mit dem die Adenauersche Personalpolitik verfolgt wurde, war erkennbar mit Ressentiments vergangener Kampfsituationen belastet,¹⁰³ ohne daß Adenauers und Globkes Bestreben nach allmählicher Herstellung konfessioneller Parität auf der Leitungsebene der Ministerien akzeptiert worden wäre.¹⁰⁴ Das Mißtrauen schwand auch hier in dem Maße, in dem es robuster Vertretung protestantischer Belange durch den Evangelischen Arbeitskreis der Union gelang, eigene Wünsche durchzusetzen,¹⁰⁵ bzw. das konfessionelle Sonderbewußtsein generell zurücktrat oder vom parteipolitischen Gegensatz abgelöst wurde. Wenn Kardinal Frings schon 1954 konstatiert hatte: »Der sensus catholicus schwindet, und das Bewußtsein der Absolutheit der katholischen Kirche nimmt Schaden«,¹⁰⁶ so hatte dieser Vorgang auf evangelischer Seite gleichsam seine Entsprechung. Der politische Erfolg des westdeutschen Kernstaats, vor allem auch das vielgerühmte »Wirtschaftswunder« machten nicht vor Konfessions- oder Parteigrenzen Halt und trugen entscheidend zu seiner inneren Akzeptanz bei. So wurde die Bundesrepublik spätestens seit Mitte der 50er Jahre auch

99 Otto von CORVIN, *Pfaffenspiegel. Historische Denkmale des Fanatismus in der römisch-katholischen Kirche*, Berlin 43. Aufl. [1934].

100 Vgl. hierzu Hans Günter HOCKERTS, *Die Goebbels-Tagebücher 1932-1941. Eine neue Hauptquelle zur Erforschung der nationalsozialistischen Kirchenpolitik*, in: *Politik und Konfession. Festschrift für Konrad Repgen zum 60. Geburtstag*, Berlin 1983, S. 359-392.

101 Karlheinz DESCHNER, *Abermals krähte der Hahn. Eine kritische Kirchengeschichte von den Anfängen bis zu Pius XII.*, Hamburg 1962; DERS., *Kirche des Un-Heils*, Hamburg 1974; DERS., *Kriminalgeschichte des Christentums*, Bde. 1 ff., Reinbek 1986 ff. Hierzu Hans Reinhard SEELIGER (Hrsg.), *Kriminalisierung des Christentums? Karlheinz Deschners Kirchengeschichte auf dem Prüfstand*, Freiburg-Basel-Wien 2. Aufl. 1993.

102 Helmut THIELICKE, zitiert bei M. SCHREIBER (Anm. 5), S. 106.

103 So K. SCHMIDTHÜS (Anm. 86), S. 408.

104 Vgl. U. WENGST, *Staatsaufbau und Regierungspraxis* (Anm. 39), S. 182.

105 Zu kritischen Anmerkungen von Walter Dirks vgl. G. BESIEN, »Christliche Parteipolitik« (Anm. 10), S. 182 f.

106 Zitiert bei N. TRIPPEN (Anm. 30), S. 377.

zur politischen Heimat des westdeutschen Protestantismus. Die eingangs gestellte Frage nach ihrem angeblich »katholischen« Charakter verlor an Gewicht, sie wurde, weil offenkundig unsinnig, nicht mit Ja oder Nein beantwortet, sondern einfach nicht mehr gestellt. Daß sie im Zuge der deutschen Vereinigung für kurze Zeit noch einmal aufkam und sich mit der Erwartung verband, daß Deutschland nunmehr wieder »östlicher und protestantischer« werde,¹⁰⁷ zeugt indes vom Fortleben konfessionell geprägter Stereotypenreste, selbst wenn die religiöse Substanz seit langem dahingeschwunden sein mag.

107 Spiegel-Interview mit Volker Rühle, in: *Der Spiegel* Nr. 25 vom 18. Juni 1990.

